

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 17 (1937-1938)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Konjunkturtheorien und Konjunkturpolitik  
**Autor:** Gertsch, Hans  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-333112>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

tischen Mächte mehr geben darf, so auch in Spanien. Nichts könnte trefflicher für die Pläne der Mussolini und Hitler passen, als die Schwächung der Volksfrontregierung durch einseitige Zurückziehung der nichtspanischen Truppenteile, durch die Fortdauer der Erschwerung ihrer Kriegsmaterialien-Belieferung und durch die Anerkennung Francos als kriegsführende Macht. Verhülfen die Westmächte der Reaktion der spanischen Militär- und Feudalkaste nach dem Gebote des mitteleuropäischen Faschismus zum Siege, so hätten Hitler und Mussolini die erste Etappe ihres großen imperialen und ideologischen Entscheidungskrieges um die Beherrschung Europas gewonnen. England und Frankreich hätten dann das Mittelmeer und Afrika schon halb verloren, aber auch die Fahnenflucht zahlreicher osteuropäischer Staaten ins Lager des Faschismus selbst provoziert. Nichts bliebe ihnen dann mehr übrig, als schmachvolle Kapitulation oder der Entscheidungskrieg unter viel ungünstigeren Verhältnissen. Beweisen aber die Weststaaten diesmal endlich Selbstvertrauen und gebotene Energie, so fällt alles Risiko auf die Seite des Faschismus. Triebe er es gleichwohl zum Kriege, so liefe Italien bei nur halbwegs kluger Strategie der englisch-französischen Streitkräfte schwerste Gefahr, eine halbe Million Soldaten in Abessinien, Libyen und Spanien abgeschnitten und verloren zu sehen, ohne, trotz Hitlers Hilfe, auf den andern Kriegsschauplätzen Revanche nehmen zu können, da Rußland und die Streitkräfte der Kleinen Entente ihr Gewicht wuchtig in die Waagschale werfen würden. Aber es ist hundert gegen zehn zu wetten, daß der Faschismus es bei einer klugen und starken Politik der demokratischen Mächte überhaupt nicht auf den Krieg ankommen lassen würde. Denn er selbst weiß ja gut genug, wie es um seine Finanzen, seine Lebensmittel- und Rohstoffvorräte steht, ganz abgesehen davon, daß er, wie seinerzeit das zaristische Rußland, »die Revolution im Bauch hat«, die zwar keineswegs sofort auszubrechen brauchte, aber beim Ausbleiben des verheißenen Sieges und stetig steigenden Kriegsleidens unabwendbar wäre.

So hängt das Schicksal der Demokratie, der Freiheit und der Kultur in diesem entscheidenden Zeitabschnitt mehr denn je von der Intelligenz und der Beherztheit der vom Faschismus bedrohten Nationen ab.

---

## Konjunkturtheorien und Konjunkturpolitik

Von Hans Gertsch.

An die Stelle der alten »Krisentheorien«, für die nur der mehr oder weniger heftige Umschlag von der Hochkonjunktur zur langwährenden Depression, der katastrophale Umbruch der Konjunktur, Gegenstand der Untersuchung war, ist bereits seit langem die eigentliche Konjunkturtheorie getreten, die sich nicht bloß mit der Untersuchung eines Teilvorgangs im Kreislauf der Wirtschaft begnügt. Gegenstand ihrer Untersuchung ist vielmehr der gesamte Kreislauf der Wirtschaft, ihr Auf und Ab, ihr Schwanken zwischen Perioden fieberhaft gesteigerten

Geschäftsgangs und langwährenden Perioden, in denen Arbeitskräfte und Produktionsmittel brachliegen. Problem ist für diese Betrachtung nicht bloß die Frage, warum auf den Aufstieg der Wirtschaft ein plötzlicher Umschlag folgt, sondern dieser Aufstieg selbst. Nicht bloß die Frage, warum die Hochkonjunktur ein jähes Ende findet, sondern auch, warum es Hochkonjunkturen und langwährende Depressionen gibt. Die bloße Krisentheorie wird ersetzt durch Theorien über den Kreislauf der Wirtschaft, durch die Konjunkturforschung, die sich die Aufdeckung der Ursachen aller Teile des Konjunkturzyklus zum Ziele macht. Das Problem der Krise selbst stellt daher nur mehr eine Teilfrage innerhalb des Gesamtzusammenhangs der Konjunkturforschung dar, freilich eines von entscheidender Bedeutung.

Alle Versuche, den Kreislauf der Wirtschaft zu kontrollieren, gehen notwendigerweise von irgendeiner Theorie des Konjunkturkreislaufs aus, selbst wenn diese nur stillschweigend vorausgesetzt wird. Der berühmte Praktiker, der sich um die theoretischen Streitigkeiten nicht kümmern will, ist gerade auf diesem Gebiet noch mehr als sonst nach einem alten Wort ein Mann, der sich eine schlechte Theorie zurechtgelegt hat. Anderseits ist die moderne Konjunkturforschung wohlberaten, wenn sie mit sehr bescheidenen Ansprüchen auftritt. Denn, wie ein eben vom Völkerbund veröffentlichter umfangreicher Bericht über die Ergebnisse der modernen Konjunkturforschung zeigt, gibt es nahezu ebensoviel Theorien des Konjunkturkreislaufs wie Autoren, die über ihn schreiben<sup>1</sup>.

Immerhin lassen sich die wesentlichsten Theorien über die Entstehung der Krise in zwei Hauptgruppen einteilen, mit denen wir uns kurz auseinandersetzen wollen. Beide Theorien gehören zu den Disproportionalitätstheorien, also zu jenen Auffassungen, die wie die Marxschen Konjunkturtheorien in Verzerrungen der Größenordnung bestimmter Faktoren der Wirtschaft die Ursache für das Auf und Ab suchen. Uebereinstimmung herrscht auch weitgehend über die bei Marx wesentliche Tatsache, daß es die Schwankungen im Umfang des Akkumulationsprozesses des Kapitals sind, die sich in den Schwankungen der Gesamtwirtschaft widerspiegeln, so daß einer gesteigerten Akkumulation von Kapital eine erhöhte Intensität der Wirtschaft, einem Rückgang der Kapitalsakkumulation eine geringere Intensität entspricht. Aus diesen beiden Grundgedanken ergibt sich bereits eine sehr wichtige Verengerung des Untersuchungsgebiets. Wenn Disproportionalitäten für den Ausbruch der Krise verantwortlich zu machen sind und der gesamte Beschäftigungsgrad der Wirtschaft entscheidend von dem Ausmaß der Akkumulation des Kapitals abhängig ist, dann liegt es nahe, die für den Krisenausbruch verantwortlichen Störungsmomente in Disproportionalitäten des Akkumulationsprozesses zu suchen.

Hier scheiden sich nun aber die Wege. Die eine Gruppe von Theo-

---

<sup>1</sup> G. v. Haberler: *Prosperity and Depressions*, League of Nations, Genf 1937.

retikern sieht die Ursache der Krise in einem Mangel an Kapital, das die Fortsetzung der Akkumulation erlauben würde. Die andere Gruppe hingegen betont das Zurückbleiben des Konsums hinter der Akkumulation von Kapital. Für die erste Gruppe liegt die entscheidende Krisenursache im Kapitalmangel, für die zweite im Kapitalüberfluß. Für die erste Gruppe wird dem Aufstieg der Wirtschaft regelmäßig durch den Anstieg der Produktionskosten, das heißt in erster Linie der Arbeitslöhne, ein Ende gesetzt. Der Anteil des laufenden Konsums an der Gesamterzeugung wird zu groß, als daß der Investitionsprozeß weiter fortgeführt werden könnte. Für die zweite Gruppe ist umgekehrt der laufende Konsum zu klein, um die im Aufstieg gewaltig gesteigerten Investitionen rentabel ausnutzen zu können.

Es würde zu weit führen, die beiden Theorien hier auch nur andeutungsweise auszuführen. Es genügen einige kurze Anhaltspunkte, um verständlich zu machen, welche konjunkturpolitischen Schlußfolgerungen sich aus den beiden theoretischen Auffassungen ergeben.

Die Theorie der Kapitalknappheit, deren Hauptvertreter neben dem bekannten schwedischen Nationalökonom *Cassel* etwa Prof. *Hayek* ist, kann vielleicht am besten an einem Beispiel illustriert werden, das Hayek selbst in einer seiner Schriften anführt. Eine Gruppe von Schiffbrüchigen versucht auf einer Insel mit den Trümmern und Vorräten, die nach dem Untergang ihres Schiffes gestrandet wurden, sich neu einzurichten. Offenbar befindet sich ein besonders tüchtiger Ingenieur unter den Opfern der Katastrophe, denn man macht sich daran, einige moderne Maschinen für die Kraftgewinnung und die Wasserversorgung usw. zu errichten. Unterdessen lebt man von den gestrandeten Vorräten. Dabei wird nun nach einiger Zeit sich als außerordentlich störend erweisen, daß die in Bau begriffenen Maschinen zwar noch lange nicht fertiggestellt sind, die Lebensmittelvorräte und möglicherweise auch die Vorräte an Baumaterial für die Maschinen aber auszugehen beginnen. Bis schließlich die armen Schiffbrüchigen eines Tages mit leeren Mägen einsehen werden, daß ihre Vorräte an Lebensmitteln und Kapitalgütern, d. h. Baumaterial usw. nicht groß genug waren, ihnen die Errichtung komplizierter Maschinen usw. zu erlauben, aus denen erst nach langen Jahren Arbeit neue Konsumgüter hervorgehen können. Die Krise ist da...

Auf die kapitalistische Wirtschaft übertragen, stellt sich dieser Vorgang ungefähr so dar: Im Konjunkturaufstieg werden regelmäßig Investitionen vorgenommen, die erst nach langer Zeit (auf »Produktionsumwegen« nach einem Ausdruck Böhm-Bawerk) Konsumgüter liefern werden. Die Zwischenzeit muß mit den angesammelten Vorräten und den unterdessen aus der laufenden Produktion konsumreif hervorgehenden Gütern durchgehalten werden. Steigt nun der laufende Verbrauch oder waren die Investitionen auf allzu lange Sicht angelegt, dann entsteht eine ähnliche Lage wie die, die die unglückseligen Schiffbrüchigen heimsuchte. Der Kapitalvorrat reicht nicht hin, die Zeit abzuwarten, bis die neuen Investitionen ihre Konsumgüter zu liefern

beginnen. Das äußert sich darin, daß die wachsende Nachfrage nach Konsumgütern deren Preis in die Höhe treibt. Die Produktion von Konsumgütern wird daher rentabler als die von Investitionsgütern, so weit wie möglich werden daher die Produktivkräfte umgelenkt, die Fortsetzung bereits begonnener Investitionen unterlassen, um die Herstellung von Konsumgütern zu beschleunigen — mit dem Resultat, daß der Umfang des Investitionsprozesses zurückgeht, Arbeiter in den Kapitalgüterindustrien entlassen werden usw. Daraufhin geht nun auch die Konsumgüternachfrage zurück, aber es ist bereits zu spät, die Krise ist ausgebrochen und verallgemeinert sich.

Die Moral der Geschichte: Wäre die Konsumgüternachfrage nicht unvorhergesehen gestiegen, so wäre die Hochkonjunktur unbegrenzt weitergegangen. Gröber gesprochen: Hätten die Arbeiter in der Hochkonjunktur keine Lohnsteigerungen durchgesetzt und nicht mehr konsumiert als sonst, wären sie auch nicht arbeitslos geworden.

Die gegenteilige theoretische Ansicht, die in verschiedenen Variationen vertreten wird, hat in Prof. Lederer und dem bekannten englischen Nationalökonomen Keynes ihre derzeit wichtigsten Vertreter gefunden. Sie geht aus von der Grundüberlegung, daß die Nachfrage nach Kapitalgütern abhängig ist von der Nachfrage nach Konsumgütern. Geht man aus von einem Zustand der Vollbeschäftigung, wo also alle verfügbaren Arbeitskräfte und Produktionsmittel angewendet werden, dann ist jede Zunahme der Kapitalbildung verbunden mit einem Rückgang der Nachfrage nach Konsummitteln. Wenn Geld für den Ankauf von Produktionsmitteln angewendet wird, kann es nicht gleichzeitig für den Ankauf von Konsummitteln verwendet werden. Jede Steigerung der Kapitalbildung spiegelt sich daher wider in einer Verringerung der Nachfrage nach Konsumgütern.

Der Aufstieg im Konjunkturkreislauf besteht nun regelmäßig in einer Zunahme der Kapitalbildung. Kaufkraft, die bisher dem Erwerb von Konsumgütern diente, wird nun zum Ankauf von Produktionsmitteln verwendet. Der Umfang der Erzeugung von Konsumgütern wird daher auf die Dauer gesteigert — denn aus den Produktionsmitteln werden in absehbarer Zeit neue Konsumgüter hervorgehen — die Nachfrage nach Konsumgütern aber schwächt.

Das äußert sich typisch darin, daß während des Wirtschaftsaufschwungs die Zunahme der Lohnsumme regelmäßig weit hinter dem Umfang der Neuinvestitionen zurückbleibt, oder auch, daß der Lohnanteil am gesamten Volkseinkommen entweder zurückgeht oder aber wenigstens weit weniger steigt als der Profitanteil<sup>2</sup>.

---

<sup>2</sup> Prof. Böhler hat in seiner Schrift über die schweizerische Krisenpolitik versucht, an Hand der amerikanischen Wirtschaftszahlen den Nachweis zu führen, daß im letzten Konjunkturaufstieg die Löhne rascher wuchsen als die Profite. Dieses erstaunliche mit den Anschauungen der amerikanischen Gelehrten im Widerspruch stehende Resultat findet Böhler, indem er aus seinen Berechnungen die entscheidenden Jahre der Hochkonjunktur, nämlich 1928 und 1929, einfach wegläßt.

Das Ergebnis dieses Vorgangs ist nun, daß die neuen Konsumgüter, die aus den neuen Investitionen hervorgehen, bei ihrem Erscheinen auf dem Markt die Konsumgüterpreise zum Weichen bringen. Die für den Ankauf von Konsumgütern bestimmte Kaufkraft ist nicht groß genug, um die neuen Produkte zu Preisen aufzunehmen, die den Rentabilitäts-erwartungen der Unternehmer entsprechen. Der Konsum, das heißt der kaufkräftige Konsum, ist nicht groß genug, um den Absatz der neuen Konsummittel zu rentablen Preisen zuzulassen. Die Konsum-güterpreise geraten ins Wanken, die Investitionen werden unrentabel, die Investitionsmenge geht rapid zurück, Arbeitslosigkeit tritt ein, usw.

Die Moral dieser Geschichte ist also eine ganz andere: Wäre nicht zuviel investiert, oder noch besser, wären die Löhne nicht zuwenig gesteigert worden, dann hätte die durch den Aufstieg gesteigerte Pro-duktenmenge zu rentablen Preisen abgesetzt werden können. Gröber gesprochen: Wären die Profite nicht zu groß, die Löhne nicht zu klein gewesen, hätte der Ausbruch einer allgemeinen Krise vermieden werden können. Aber, fügt der Sozialist hinzu, welches Interesse kann ein Einzelkapitalist haben, auf mögliche Profite zu verzichten, da doch sein Verzicht allein gewiß nicht ausreichen könnte, den Krisenausbruch zu verhindern?

Beide Theoriengruppen, die wir hier zu skizzieren versuchten, sind logisch in sich geschlossen. Nicht die Spekulation, sondern nur die Ueberprüfung an Hand der Tatsachen ist imstande, nachzuweisen, welche von beiden den Kriseneinbruch in den Konjunkturzyklus besser zu erklären vermag. Die zitierte Arbeit von Haberler ist tatsächlich auch nichts anderes als die Einleitung zu einem großangelegten Ver-such des Völkerbundes, durch statistische Untersuchungen die tatsäch-lichen Zusammenhänge aufzuhellen.

Das dabei zur Verfügung stehende Material aus der Vergangenheit ist freilich nicht übermäßig reichlich. Dagegen liegt aus der Periode der letzten großen Krise umfangreiches Material vor, auf dessen Grundlage Schlußfolgerungen gezogen werden können.

Die Theorie von der Kapitalknappheit als Krisenursache würde voraussetzen, daß unmittelbar vor dem Ausbruch der Krise die Preise der Konsumgüter steigen. Das ist ja nach Hayeks Theorie die Ursache dafür, daß Produktivkräfte, die bisher der Herstellung von Kapital-gütern dienten, nunmehr der Erzeugung von Konsumgütern zugeführt werden, so daß die reibungslose Fortsetzung der Investierungen ver-hindert wird. Umgekehrt würde nach der Theorie der Ueberinvesti-tionen oder der Unterkonsumtion als Krisenursache der Konjunktur-umbruch eingeleitet werden von einem allmählichen Absinken der Konsumgüterpreise. In dem Maße, in dem die neuen Kapitalgüter zu Konsummitteln heranreifen, beginnt ihr Preisrückgang.

Für die Krise von 1929 läßt sich nun ohne weiteres feststellen, daß der Preisrückgang bei den Konsumgütern einsetzte und erst von dort auf die Kapitalgüter übersprang. Die Preise wesentlicher industrieller Konsumgüter begannen schon im Jahre 1928 zu sinken, während die Kapitalgüterpreise noch unverändert weiter stiegen. Ebenso zeigen die

Kurven für den Produktionsumfang, daß die Erzeugung von Konsumgütern bereits einige Zeit früher abzusinken begann, während die Erzeugung von Produktionsmitteln noch weiter anstieg<sup>3</sup>. Die Erfahrungen der Krise von 1929 zumindest deuten nicht gerade darauf hin, daß der Konjunkturumschlag von den Produktionsgütern ausgeht, sondern umgekehrt bei den Konsummitteln seinen Anfang nimmt. Aber es ist ohne weiteres zuzugeben, daß es noch umfangreicher Forschungen bedürfen wird, bevor ein auf Erfahrung gestütztes Urteil über die Zusammenhänge abgegeben werden kann, die unmittelbar zur Krise führen.

Es ist leicht begreiflich, daß sich von diesen verschiedenen theoretischen Ausgangspunkten auch verschiedene Einstellungen zum Problem der Konjunktursteuerung ergeben. Die Stabilisierung der Wirtschaft oder bescheidener die möglichste Glättung der Konjunkturkurve ist gegenwärtig das meistdiskutierte Thema der Wirtschaftspolitik. Es ist klar, daß das gegenwärtige Wirtschaftssystem endgültig verurteilt wäre, wenn es mit der mehr oder weniger regelmäßigen Wiederkehr solcher Wirtschaftskatastrophen wie der von 1929 verbunden wäre.

Für die Anhänger der Theorie von der Kapitalknappheit ist es nun außerordentlich schwer, praktische Schlußfolgerungen zu ziehen. Was kann praktisch getan werden, um zu verhindern, daß regelmäßig wiederkehrende Kapitalknappheit dem Wirtschaftsaufstieg ein Ende setzt? Es kommt offenbar darauf an, Lohnsteigerungen im Konjunkturaufstieg zu verhindern. Das ist begreiflicherweise eine Schlußfolgerung, die Unternehmerohren außerordentlich angenehm klingt. Je niedriger die Löhne in der Aufstiegsperiode gehalten werden können, um so größer die Profite. Um so größer ist auch die für Investitionszwecke zur Verfügung stehende Kapitalmenge, um so später tritt daher auch der Zeitpunkt ein, bei dem mangels Kapitals die Vollendung der begonnenen Investitionen unmöglich wird. Die extremste Schlußfolgerung, die sich aus dieser Theorie ergäbe, wäre offenbar die, daß Krisen völlig ausgeschlossen werden könnten, wenn der Konsum überhaupt abgeschafft würde.

In Wahrheit wäre aber auch damit nicht alles gewonnen. Denn nichts garantiert, daß sich die Unternehmer nicht in Investitionen einlassen, die selbst unter den günstigsten Voraussetzungen, also beim Fehlen jeglicher Lohnsteigerung, erst zu spät in konsumreife Güter umgewandelt werden können. Die »Produktionsumwege« können zu lange werden, selbst ohne daß die unbequemen Gewerkschaften Lohn erhöhungen erzwingen. Das heißt aber nichts anderes, als daß gerade vom Standpunkt dieser Theorie, die doch offenbar kapitalistischen Interessen besonders naheliegend ist, Konjunkturschwankungen mit dem Bestehen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems unweigerlich verbunden sind. Die Theorie von der Kapitalknappheit, die scheinbar den Interessen des Kapitals auf den Leib geschrieben ist, führt letzten Endes zu einer vernichtenden Kritik des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems, bei dem der einzelne Kapitalist über Umfang und Art

---

<sup>3</sup> Siehe Adolf Sturmthal: Die große Krise. Zürich 1937.

der Investitionen entscheidet. Und die einzige praktische Schlußfolgerung, die aus dieser Theorie gezogen werden kann, ist die, daß der Kampf für die Stabilisierung der Wirtschaft, der Kampf gegen Krise und Arbeitslosigkeit, nichts anderes ist als der Kampf gegen die »Anarchie« der privatkapitalistischen Wirtschaft, die die Entscheidung über die für die Allgemeinheit entscheidende Frage nach Art und Umfang der Investitionen in die Hände der Privatkapitalisten legt.

Ganz anders und wesentlich unmittelbarer sind die Schlußfolgerungen, die sich aus der Theorie der Ueberinvestitionen ergeben. Wenn die Verantwortung für den Krisenausbruch in dem schlechten Verhältnis zwischen Investitionen und Konsum liegt, dann ist es klar, daß jede Glättung der Konjunkturwellen davon ausgehen muß, den Konsum möglichst zu steigern. Der Umfang der Investitionen hängt in erster Linie von der Größe der Profite ab, der Umfang des Konsums in hohem Maße von der Höhe der Löhne. Sollen die Investitionen im Verhältnis zum Konsum gesenkt, der Konsum im Verhältnis zu den Investitionen erhöht werden, dann müssen die Profite reduziert, die Lohnsummen gesteigert werden. Die Verteilung des Sozialprodukts, des Volkseinkommens, muß derart beeinflußt werden, daß der Anteil der Profite geringer, der der Löhne größer wird, sobald einmal der Konjunkturaufstieg in Gang gekommen ist.

Selbstverständlich wird innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nur dann und nur insoweit produziert, als Profite erwartet werden. Solange die kapitalistische Gesellschaft besteht, kann daher eine Krise nur überwunden werden durch Wiederherstellung des Profits. Der Konjunkturaufstieg beginnt dann, wenn bei der Verteilung des Volkseinkommens dem Profit ein angemessener Anteil zufällt. Die Konjunktursteuerung setzt aber ein, sobald dieser Zustand erreicht ist. Sie hat darauf zu achten, daß der Profitanteil nicht übermäßig wächst, daß der Lohnanteil nicht allzusehr sinkt. Je stabiler der Profitanteil, um so größer auch die Chance, daß der Konjunkturverlauf keine allzu heftigen Sprünge nach oben zeigen wird, denen ebenso heftige Sprünge in das Tief der Krise folgen. Das wichtigste Mittel, dem Entstehen von Superprofiten vorzubeugen, liegt aber in der entsprechenden Bewegung der Löhne. Zeigen die Profite eine Tendenz, allzu stark zu steigen, das heißt einen wachsenden Anteil am Volkseinkommen zu beanspruchen, dann ist es notwendig, durch Erhöhung des Lohnanteils für ihre Reduktion zu sorgen. Je erfolgreicher das getan wird, um so geringer wird grundsätzlich die Gefahr allzu häufiger Konjunkturumschläge.

So ist denn auch tatsächlich von zahlreichen amerikanischen Autoren sehr energisch hervorgehoben worden, daß eine raschere Steigerung der Löhne in den Vereinigten Staaten vor 1929 vermutlich dafür gesorgt hätte, daß die Bäume nicht in den Himmel gewachsen und nachher dem Rausch der Hochkonjunktur nicht ein ebenso heftiger Absturz in den Aschermittwoch der Krise gefolgt wäre. Eine stärkere Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten hätte vermutlich einiges dazu beitragen können, die katastrophale Entartung der Krise von 1929 zu

verhindern. Hier liegt offenbar auch einer der Hauptgründe dafür, daß Präsident Roosevelt das Erstarken der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung begrüßt und in gewissem Maße fördert. Indem die Gewerkschaften für Lohnsteigerungen in der Hochkonjunktur kämpfen und damit die Profitrate in vernünftigen Grenzen halten, erfüllen sie eine volkswirtschaftlich nützliche Aufgabe: sie verhindern Ueberinvestitionen und sorgen damit für eine Glättung der Konjunkturkurve.

Auch hier stößt man freilich auf eine Schranke der kapitalistischen Gesellschaft. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Gemeininteresse der Kapitalisten die Abschwächung der Wirtschaftsschwankungen verlangt. Nicht nur, weil auch die Kapitalisten in der Krise schwere Verluste erleiden, sondern auch weil jede Krise — und gar solche von der Intensität der großen Krise von 1929 — das kapitalistische System erschüttern und gefährden. Aber mit diesem Kollektivinteresse des Kapitalismus steht das Einzelinteresse des Kapitalisten in heftigstem Widerspruch. Jeder einzelne Kapitalist ist daran interessiert, daß sein Konkurrent, ja jeder andere Kapitalist möglichst hohe Löhne auszahle — soweit nicht das «schlechte Beispiel» auch seine Arbeiter zu Lohnforderungen veranlaßt. Jeder Kapitalist wird es grundsätzlich begrüßen, wenn Lohnsteigerungen — der anderen Kapitalisten in der Hochkonjunktur für die Glättung der Konjunkturkurve sorgen. Für sein Unternehmen freilich wird er sich gegen eine solche Theorie und noch mehr gegen ihre praktische Anwendung aufs heftigste zur Wehr setzen. Mit dem Resultat, daß immer wieder in der Hochkonjunktur Ueberinvestitionen erfolgen, die Konsumkaufkraft nicht ausreicht, die neuen auf den Markt gelangenden Konsumgüter zu rentablen Preisen aufzunehmen und die Wirtschaft von der Hochkonjunktur in die Krise stürzt.

Dagegen gibt es freilich ein Hilfsmittel. Wenn die Kapitalisten nicht auf die in der Hochkonjunktur erzielbaren Superprofite verzichten wollen, dann müssen sie Waren erzeugen, die nicht auf den Konsumgütermarkt gelangen, die nicht von der für Konsumzwecke verfügbaren Kaufkraft erworben werden, deren Preis also nicht von dem Anteil am Volkseinkommen abhängt, den die Konsumeinkommen, also in erster Linie die Löhne in Anspruch nehmen. Es müssen Waren sein, die nicht vom breiten Publikum gekauft werden, sondern vom Staat, der sie entweder aus Steuermitteln oder noch besser mittels Inflation bezahlt, also mit Kaufkraft, die gerade in dem Maße geschaffen werden kann, in dem ein Zusatz von Zahlungsmitteln für einen besseren Geschäftsgang sorgt. Solche Waren gibt es: es sind die Rüstungen. Ihr Preis hängt nicht von der Kaufkraft der breiten Konsumentenmassen ab, sondern von der Bereitschaft des Staates, durch Notendruck oder inflationistische Kredite sich in den Besitz der erforderlichen Zahlungsmittel zu setzen. Sie riskieren nicht, den Konsumgütermarkt zu überlasten. Sie können in jedem beliebigen Umfang hergestellt werden, um für dauernde Vollbeschäftigung zu sorgen, solange der Staat für sie zu zahlen bereit ist und die notwendigen Rohstoffe zur Verfügung stehen.

Die Aufrüstung ist jene Methode, durch die die Kapitalisten für die möglichste Stabilisierung der Wirtschaft sorgen können, ohne ihren Anteil am Volkseinkommen zugunsten der Arbeiter verkleinern zu müssen. In den faschistischen Ländern ist es gelungen, dieses System der Konjunktursteuerung bis aufs äußerste zu entwickeln. Eine Nebenfolge ist freilich die fortschreitende Verarmung der Massen. Für die Lösung dieses Problems ist die Diktatur geschaffen worden.

In den demokratischen Ländern spielt neben der Aufrüstung eine zweckmäßige Gruppierung der öffentlichen Arbeiten die gleiche, aber in ihren sozialen Folgen erfreulichere Rolle. In der letzten Krise ist Schweden bekanntlich auf diesem Gebiet bahnbrechend vorangegangen. Eben jetzt ist in Schweden der Bericht einer Kommission veröffentlicht worden, die für die kommende Krise vorausgesetzt, indem sie schon jetzt baufertige Pläne für kommende öffentliche Arbeiten vorbereitet. Dieses Programm sieht vor, daß im Falle eines drohenden Kriseneinbruchs öffentliche Arbeiten in einem Gesamtwert von erheblich mehr als zwei Milliarden Schweizerfranken unternommen werden können. Damit sollen rund 200 Millionen Arbeitstage Arbeit geschaffen werden können. Die finanziellen Vorbereitungen für diesen Plan sind bereits jetzt im Gange, indem die schwedische Regierung einerseits die Staatsschuld abbaut, andererseits Reserven anlegt, die im Falle eines Kriseneinbruchs mobilisiert werden können. Im vergangenen Jahr allein wurden rund 60 Millionen Schweizerfranken zur Reduktion der Staatsschuld aufgewendet.

Die praktischen Schlußfolgerungen, die sich für die Schweiz aus den hier skizzierten Gedankengängen ziehen lassen, drängen sich von selbst auf. Konjunktursteuerung, wie sie in dem neuen Verfassungsartikel grundsätzlich bejaht wird, müßte bei der gegebenen Lage der Dinge vor allem in einer raschen und ausreichenden Steigerung der Löhne bestehen. Sie müßte darüber hinaus die notwendigen finanziellen und organisatorischen Vorbereitungen zum Ziele haben, um einem neuen Konjunkturumschlag durch umfassende öffentliche Arbeiten entgegenzuwirken.

---

## Fünfzehn Jahre Faschismus

Von Antonio Antonini.

In diesem Herbst sind es fünfzehn Jahre, seitdem sich der italienische Faschismus zur Macht schwang. Sicher wird Mussolini das Jubiläum mit rauschenden Festen feiern. Um so mehr besteht für uns Veranlassung, das Fazit von fünfzehn Jahren Faschismus zu ziehen. Worin bestehen die Resultate?? Was wollte er, und vor allem: wohin hat er geführt? Bekanntlich ist einer der Hauptvorwürfe, den Diktatoren gegen Demokratien erheben, daß diese das gesellschaftliche Leben fortwährend in Unstetigkeit halten, da die Mehrheiten ständig wechseln, und daß darum auch nur die Diktaturen die Beständigkeit der Ent-